

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 35 – Freiwilliges soziales Jahr Politik

Dazu sagt die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Angelika Birk:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 312.09 / 16.07.2009

Demokratie hautnah erleben

Die Europawahl liegt hinter uns, Bundestagswahl und wohl auch Landtagswahl vor uns. Kommunalwahlen fanden im vergangenen Jahr statt. Was alle diese Wahlen eint, sind sinkende Wahlbeteiligung und die Angst davor.

Politikverdrossenheit ist das Strichwort, das diese erschreckende Entwicklung erklären soll. Ist die Wahrheit so schlicht? Insbesondere jungen Menschen wird oft vorgeworfen, sie seien egoistisch und weder an Gesellschaft, noch an Politik interessiert. Also Generation Egoismus? Generation shopping?

Eine solche Bewertung geht an der Realität vorbei. Das ist Stammtischniveau, auch wenn es nicht selten in der bunt bebilderten Presse zu lesen ist. Die Shell-Jugendstudie und eine ganze Reihe seriöser Erhebungen beweisen das Gegenteil. Gerade junge Menschen sind motiviert, engagiert und vielseitig interessiert. Die Wahlbeteiligung von ErstwählerInnen liegt über dem Durchschnitt.

Eine Vielzahl junger Menschen entschließt sich nach dem Schulabschluss nicht sofort für eine Ausbildung oder ein Studium. Sie entscheiden sich für ein freiwilliges Jahr im Dienst der Gesellschaft, ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr, ein freiwilliges Jahr im Kultur- oder Sportbereich.

Die zur Verfügung stehenden Plätze sind seit Einführung der Freiwilligendienste stetig aufgestockt worden. Dennoch gibt es Jahr für Jahr mehr BewerberInnen als Plätze – bundesweit und in Schleswig-Holstein. Gesellschaftliches Engagement ist eben doch ein Erfolgsmodell.

Was allerdings zu Verdruss führt ist die Tatsache, dass man sich freiwillig engagieren

möchte, es aber aufgrund fehlender Angebote und geringer finanzieller Mittel nicht kann. Das ist die Schraube an der wir drehen können und müssen. Und genau hier können wir auch ganz gezielt das Interesse an der Demokratie und das Engagement in der Politik stärken. Wer in jungen Jahren erleben kann, dass Politik nicht „von denen da oben“ verordnet wird, sondern dass Politik von unten mitgestaltet werden kann, der geht zur Wahl – und tut vielleicht noch mehr.

Der Bundesgesetzgeber eröffnet den Spielraum für ein Freiwilliges Jahr in der Politik oder anders gesagt ein freiwilliges demokratisches Jahr. Andere Bundesländer machen es uns vor. In Sachsen und Sachsen-Anhalt besteht diese Möglichkeit seit 2008. Träger sind dort die Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste. Im März dieses Jahres fand eine große Veranstaltung zum erfolgreichen Projekt statt. Niedersachsen hat im Januar dieses Jahres dem Antrag für ein Pilotprojekt „Freiwilliges Soziales Jahr Politik“ stattgegeben. Als Träger fungiert hier die Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung. Wir sind zuversichtlich, dass es auch dort zu guten Ergebnissen kommen wird.

Also geben wir auch den jungen Menschen in Schleswig-Holstein eine weitere Chance, sich freiwillig zu engagieren. Ermöglichen wir ihnen, selbst zu erfahren das Politik und Demokratie nicht ferne Theorie, sondern lebendige Alltagspraxis sind. Wir fordern die Landesregierung auf, hierfür die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, einen entsprechenden Träger für die Durchführung zu gewinnen und bei allen politischen Institutionen und Organisationen um konkrete Einsatzstellen zu werben. Sicherlich kann man hier im Dialog mit den Nachbarländern gute Tipps bekommen.

Und am Ende – natürlich - das liebe Geld. Zu klären ist insbesondere, ob und wie neue Plätze in einem Freiwilligen Jahr Politik wirklich zusätzlich entstehen können. Wenn sie nämlich nur von den bestehenden Kontingenten im Freiwilligen Sozialen Jahr oder FSJ Kultur abgezogen und umgewidmet würden, wäre es die schlechtere Variante. Wir wollen mehr Plätze schaffen und wir wollen neue Bereiche für das freiwillige Engagement junger Menschen erschließen. Helfen sie uns dabei, und stimmen Sie unserem Antrag zu.
